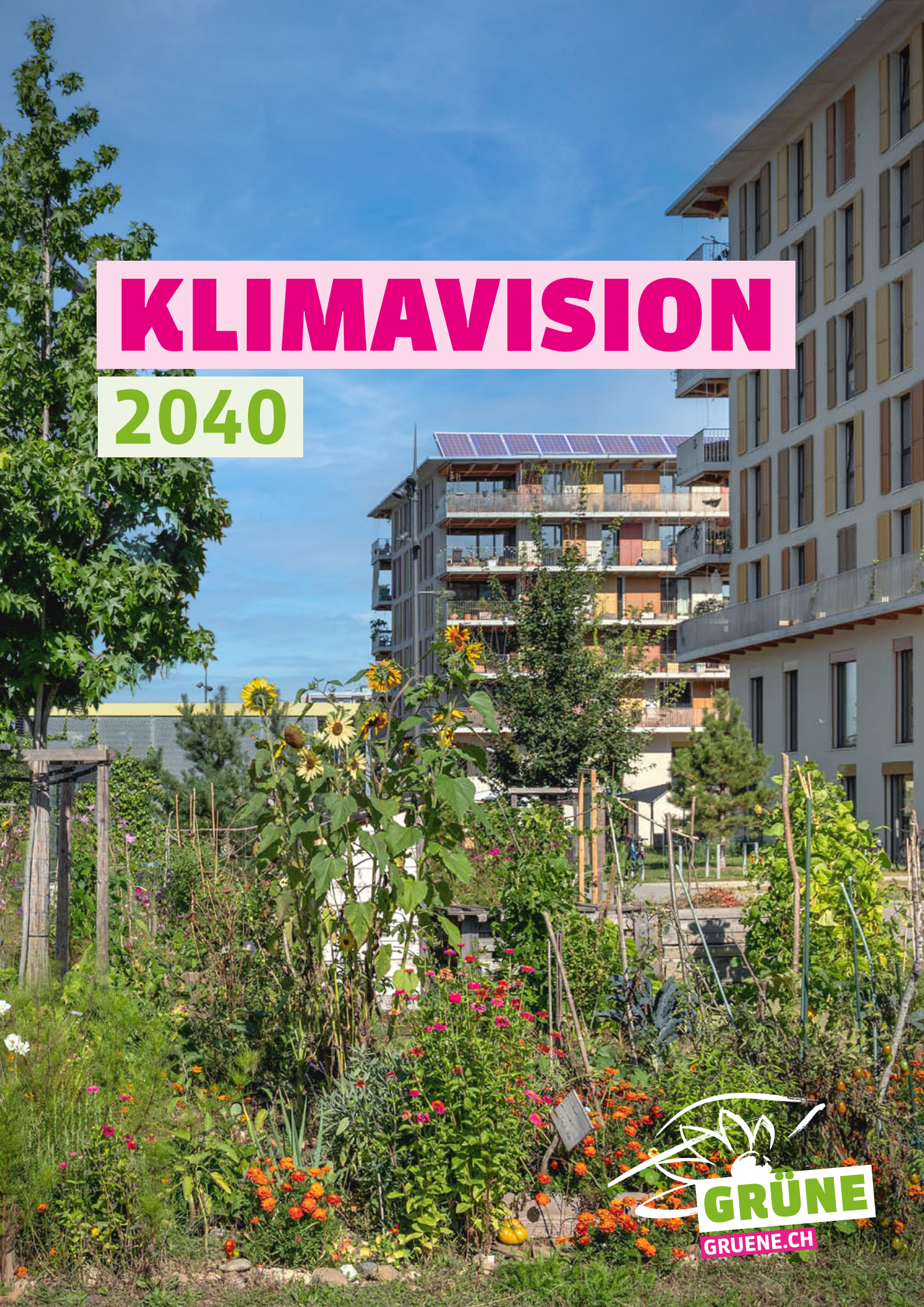
KLIMAVISION

2040



GRÜNE

GRUENE.CH

KLIMAVISION 2040

Diese Klimavision 2040 der GRÜNEN ist eine Einladung, gemeinsam eine gerechtere, gesündere und lebenswertere Schweiz für alle Menschen zu gestalten. Der Weg dorthin ist kein reiner Abwehrkampf. Er ist die Chance für einen echten, sozialen und ökologischen Fortschritt, der das Wohlergehen aller Menschen ins Zentrum stellt. Wir wollen nicht in lähmender Abwehrhaltung verharren, sondern die Herausforderungen anpacken. **Diese Vision zeigt, dass eine klimaverträgliche Zukunft keinen Verzicht bedeutet, sondern einen Gewinn an Lebensqualität, sozialer Gerechtigkeit und globaler Solidarität bringt.** Denn echter Klimaschutz schützt nicht nur unsere Lebensgrundlagen, er sichert uns allen ein gesundes, sicheres und gutes Leben. Die Lösungen dafür liegen auf dem Tisch.

1.1 DIE KLIMA-, BIODIVERSITÄTS- UND SOLIDARITÄTSKRISE

Die Klimakrise bringt unsere Lebensgrundlagen in Gefahr. Diese Tatsache ist nicht nur wissenschaftlich belegt, sondern mittlerweile eine spürbare Realität, die bereits heute unsere Gesundheit, unsere Sicherheit und unsere Zukunft bedroht – auch bei uns in der Schweiz. Während die weltweite Erhitzung seit der vorindustriellen Zeit rund 1.3 °C beträgt, sind es in der Schweiz bereits alarmierende 2.9 °C.[1] **Unser Land erhitzt sich mehr als doppelt so schnell wie der globale Durchschnitt.** Eine nachweislich menschengemachte Erhitzung, aber auch eine Entwicklung, die wir noch selbst in der Hand haben.

Wenn die heutige Politik unverändert bleibt, steuern wir bis 2100 auf eine weltweite Erhitzung von 3 °C zu.[2] Für die Schweiz bedeutet dies bis dann einen Temperaturanstieg von fast 5 °C. Die Folgen wären eine grundlegende und irreversible Veränderung unseres Landes und unserer Lebensweise.

Die extreme Hitze wird zur Normalität. Hitzeereignisse, die früher nur alle 50 Jahre auftraten, kämen alle drei Jahre vor. In den Städten würde sich die Zahl der Tropennächte verfünffachen, was die Lebensqualität stark beeinträchtigen und die Gesundheit, besonders von älteren Menschen und Kindern, massiv gefährdet. Dabei trifft die Erhitzung die Menschen extrem ungleich: Während die einen im Sommer in ihren aufgeheizten, schlecht isolierten Mietwohnungen in zubetonierten Städten ausharren müssen, können andere der Hitze in ihre Ferienhäuser in den Bergen entfliehen. **Die Klimakrise führt zu mehr Prekarität für jene, die ohnehin schon am verletzlichsten sind.**

Gleichzeitig sind auch unsere Wasserreserven bedroht. Die Sommer werden deutlich trockener, während im Winter Regen statt Schnee fällt. Das Schmelzwasser unserer Gletscher, die bis Ende des Jahrhunderts fast vollständig verschwinden werden, fehlt als wichtige Sommerreserve. Das bedroht unsere Landwirtschaft und Ernährung, die Stromproduktion und unsere Trinkwasserversorgung.

Noch dramatischer sind die Folgen für jene Menschen, die am wenigsten zur Krise beigetragen haben. Während wir im Globalen Norden für einen Grossteil der historischen Emissionen verantwortlich sind, vernichten die Folgen dieser globalen Ungerechtigkeit die Lebensgrundlage von Millionen von Menschen im Globalen Süden. **Extreme Dürren, steigende Meeresspiegel, Überschwemmungen und Stürme führen zu Hunger, bedrohen die Gesundheit und zwingen Familien zur Flucht aus ihrer Heimat.**

Das Auftauen des Permafrosts lässt unsere Alpen bröckeln. Dadurch werden ganze Hänge instabil. Die Gefahr von Felsstürzen, Murgängen und Rutschungen auf Siedlungen und Verkehrswege nimmt dramatisch zu. Eine Entwicklung, die unsere Lebensweise im Alpenraum grundsätzlich in Frage stellt.

Doch die Klimakrise kommt nicht allein. Sie ist untrennbar mit der zweiten grossen ökologischen Katastrophe unserer Zeit verbunden: **dem Verlust der Biodiversität**. Obwohl eine Mehrheit der

[1] Bundesamt für Umwelt / MeteoSchweiz. Klimaszenarien CH2025.
[2] Bundesamt für Umwelt / MeteoSchweiz. Klimaszenarien CH2025.
[2]

Menschen in der Schweiz den Zustand der Natur fälschlicherweise als gut einschätzt, ist die Realität ernüchternd: **Über ein Drittel unserer heimischen Arten ist gefährdet**[3], Lebensräume werden durch Zersiedelung, Verkehrswege, Gewässerverbauungen, Pestizide und übermässige Nährstoffeinträge zerstört und zerstückelt. Die Vielfalt unserer Landschaften nimmt ab. Arten wie die Feldlerche oder der Feldhase werden immer seltener, die Bestände vieler spezialisierter Insektenarten kollabieren. Mit fatalen Folgen für die Natur und für uns Menschen.

Die beiden Krisen verstärken sich dabei gegenseitig in einem gefährlichen Teufelskreis. Während die Klimaerhitzung Lebensräume zerstört und Arten an den Rand des Aussterbens treibt, schwächt der Verlust der Biodiversität unsere natürlichen Schutzzonen gegen die Auswirkungen der Klimakrise. Ein kranker Wald speichert weniger CO2 und schützt schlechter vor Lawinen. Ein trockengelegtes Moor setzt riesige Mengen an Treibhausgasen frei. Ein artenarmer Boden ist anfälliger für Erosion und Dürre.

Diese doppelte Krise ist eine direkte Bedrohung für unsere Gesundheit, unsere Sicherheit, unseren Wohlstand und unsere Lebensweise. Sie ist die Konsequenz einer Politik, die jahrzehntelang die Profitinteressen einer kleinen Minderheit über den Schutz unserer Lebensgrundlagen gestellt hat. Mächtige Lobbys aus der fossilen Energie-, Finanz- und Autoindustrie verhindern systematisch wirksame Massnahmen, um ihre Privilegien zu schützen. **Die Ausbeutung von Natur und Mensch hat wenige überreich gemacht, während der Rest der Gesellschaft und künftige Generationen die Kosten tragen.** Sie ist im Kern eine Solidaritätskrise: Eine Krise der Solidarität mit künftigen Generationen und anderen Regionen unseres Planeten. Die Antwort darauf kann daher nur eine solidarische sein.

So bedrohlich diese Aussichten sind: Sie zeigen uns nur den Weg, den wir nicht gehen müssen. Die Physik setzt uns zwar enge Grenzen, aber sie nimmt uns nicht unsere Gestaltungsmacht. **Wir haben die Lösungen, um diese Zukunft abzuwenden.** Und die Blockade gegen diese Lösungen bröckelt. Immer mehr Menschen, Unternehmen und Gemeinden begreifen, dass der Schutz unserer Lebensgrundlagen keine Last ist, sondern die Voraussetzung für eine sichere Zukunft.

Wir GRÜNE wollen diesen Aufbruch gestalten. **Ein konsequenter Klima- und Biodiversitätsschutz ist nicht nur die Abwendung einer Katastrophe, sondern die Chance, eine gerechtere, gesündere und widerstandsfähigere Gesellschaft zu schaffen.** Begrünte und verkehrsberuhigte Städte führen zu besserer Luft und mehr Lebensqualität. Investitionen in erneuerbare Energien und Gebäudesanierungen schaffen zukunftssichere, lokale Arbeitsplätze und machen uns unabhängiger von ausländischen Autokraten. Eine intakte Natur ist der schönste Erholungsraum und die beste Garantie für unsere Gesundheit.

Eine solche Zukunft ist möglich. Aber sie entsteht nicht von alleine. Sie verlangt von uns, dass wir jetzt handeln. Mit einer mutigen, klugen und entschlossenen Politik nehmen wir die Menschen mit und gestalten gemeinsam eine lebenswerte, gerechtere und solidarische Zukunft.

[3] Quelle: Akademien der Wissenschaften Schweiz. Bericht Biodiversität in der Schweiz verstehen und gestalten. 2026. https://biodiversitaet2026.scnat.ch/

1.2 DAS VERSAGEN DER AKTUELLEN POLITIK

Der Auftrag an die Politik ist klar: **Mit der Unterzeichnung des Pariser Klimaabkommens hat sich die Schweiz völkerrechtlich dazu verpflichtet, die Klimaerhitzung zu bekämpfen.** Diesen Weg für eine konsequente Klimapolitik hat die Stimmbevölkerung mit dem Ja zur Energiestrategie und dem darin verankerten Atomausstieg, dem Ja zum Klimaschutzgesetz und dem Ja zum Stromgesetz demokratisch legitimiert. Diesen Auftrag hat auch das historische Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte im Fall der Klimaseniorinnen unmissverständlich bekräftigt: Der Schutz des Klimas ist ein Menschenrecht und die Schweiz ist verpflichtet, ihre Politik darauf auszurichten, die globale Erwärmung auf maximal 1.5 °C zu begrenzen.

Trotz dieses klaren Mandats versagt die aktuelle Politik von Bundesrat und Parlament auf ganzer Linie. Sie ist eine Politik der leeren Versprechen, der widersprüchlichen Signale und der organisierten Verantwortungslosigkeit. **Anstatt die Krise zu nutzen, um für mehr Gerechtigkeit und Lebensqualität für alle zu sorgen, wird gespart und schöngeredet.**

Die Klimapolitik des Bundesrates und damit insbesondere jene von Umweltminister Albert Rösti – der als ehemaliger Lobbyist für fossile Energien bekannt ist – reicht bei weitem nicht aus, um die Klimaziele der Schweiz zu erreichen. Selbst unter optimistischen Annahmen ist eine massive Lücke zwischen den Zielen und der Wirkung der politisch beschlossenen Massnahmen absehbar. **Diese Lücke ist das Ergebnis einer Politik, die notwendige Veränderungen systematisch verzögert.**

Ein Kernpfeiler dieser ungenügenden Strategie ist die Kompensation eines Drittels der Schweizer Emissionen im Ausland. Dieser Ansatz ist nicht nur ineffektiv, sondern vor allem auch ein Akt neokolonialer Klimapolitik: **Die Schweiz zieht sich aus ihrer Verantwortung, indem sie sich Emissionsminderungen im Globalen Süden anrechnen lässt.** Damit werden den Partnerländern ihre eigenen, oft am einfachsten zu realisierenden Klimaschutzmassnahmen genommen, was ihren Weg zu Netto-Null erschwert und aktiv gegen die globale Klimagerechtigkeit wirkt. Dass dieser Plan nun auch noch spektakulär scheitert, ist daher doppelt fatal: Recherchen zeigen, dass von den nötigen 42 bis 50 Millionen Tonnen CO2, die bis 2030 kompensiert werden müssten, bis heute nur ein Bruchteil von 0.15% erreicht wurde[4]. Selbst Bundesrat Rösti musste im Parlament eingestehen, dass die Schweiz die Klimaziele bis 2030 massiv verfehlen wird.

Auch die Pläne des Bundesrates für die Zeit nach 2030 sind komplett ungenügend und torpedieren die eigenen Klimaziele. Der Bundesrat setzt auf ein zahnloses Emissionshandelssystems für Verkehr und Gebäude – bei dem er einen Preisdeckel auf den CO2-Preis setzen will. Gleichzeitig klammert er die importierten Emissionen weiterhin aus, setzt auf unwirksame und unfaire Kompensationen im Ausland und fokussiert einseitig auf teure CO2-Speicherungstechnologien. Wirksame Massnahmen und sogar die Vorbildrolle des Bundes werden so auf die Zeit nach 2040 verschoben – obwohl die Zeit läuft.

Und auch seine restliche Politik gleicht einer aktiven Sabotage: **So streicht der Bundesrat bei jeder Gelegenheit die Mittel für wirksame Klimaschutzmassnahmen.** Im Rahmen des Abbaupakets 27 sollten ursprünglich hunderte Millionen beim Gebäudeprogramm oder beim öffentlichen Verkehr gekürzt werden. Auch bei der Infrastruktur wird die Blockadepolitik des Bundes deutlich: Trotz des klaren Neins der Stimmbevölkerung zum Autobahnausbau im Herbst 2024 plant der Bundesrat weiterhin ungeniert, Milliarden in die fossile Infrastruktur von gestern zu investieren. Indem er gleichzeitig klima- und biodiversitätsschädigende Subventionen in Milliardenhöhe weiterführt, untergräbt der Bundesrat aktiv und bewusst die eigenen Klimaziele.

Während der Bundesrat die von der Stimmbevölkerung gewollte Energiewende durch das gezielte Solar-Bashing und die Pläne zur Abschaffung einer Mindestvergütung für Solarstrom aktiv bremst, träumt Umweltminister Albert Rösti lieber von neuen Atomkraftwerken. Mit dem Gegenvorschlag zur Atom-Initiative werden riskante und verantwortungslose Scheindebatten über neue Atomkraftwerke geführt, anstatt massiv in günstige und schnell verfügbare erneuerbare Energien zu investieren. **Diese Atom-Illusionen blockieren Investitionen, schaffen Unsicherheiten und verzögern den dringend**

[4] https://www.srf.ch/news/schweiz/klimaziele-2030-schweizer-emissionsluecke-groesser-als-der-bund-angibt

nötigen Ausbau aller Erneuerbaren – und sabotieren so direkt die Grundlage für das Erreichen unserer Klimaziele.

Studien zeigen, dass die Kosten einer ungebremsten Klimakrise die Schweiz bereits 2060 bis zu 38 Milliarden Franken pro Jahr kosten könnten[5] – das ist das rund 16-fache dessen, was der Bund heute für den Klimaschutz ausgibt. **Klimaschutz ist die klügste Investition in unsere Zukunft.** Es geht am Ende aber nicht um Geld, sondern um die Zukunft der Menschheit. Genau das ignoriert die heutige Politik. Sie spielt ein gefährliches Spiel auf Zeit, das die Schweiz ihrer Zukunft beraubt. **Es ist höchste Zeit für einen Politikwechsel.**

1.3 UNSERE VISION: KLIMAGERECHTIGKEIT UND EINE KLIMAPOSITIVE SCHWEIZ BIS 2040

Die Politik des Zögerns und der leeren Versprechen hat uns wertvolle Zeit gekostet. Die Lage ist ernst, aber es ist nicht zu spät, um zu handeln. Doch das Zeitfenster für wirksames Handeln schliesst sich rasant. **Deshalb müssen wir jetzt aktiv werden.**

Der Bremspolitik des Bundesrates stellen wir einen klare, wissenschaftlich fundierte und machbare Vision gegenüber. Diese ist aber kein theoretisches Gedankenspiel, sondern die notwendige Antwort auf die verlorenen Jahre. Weil die Politik bisher das Tempo verschleppt hat, müssen wir unsere Anstrengungen verstärken und das Versäumte kompensieren. Das gelingt uns, in dem wir nicht erst 2050 zögerlich Netto-Null anpeilen, sondern entschlossen vorangehen. **Unsere Vision: Eine klimapositive und klimagerechte Schweiz bis 2040.** Das bedingt einen Kurswechsel in vier entscheidenden Punkten:

- Wir brauchen ein **ambitionierteres Tempo**. Wir anerkennen die wissenschaftliche Dringlichkeit und richten die Politik auf die notwendige Geschwindigkeit aus. Das Netto-Null-Ziel erst 2050 zu erreichen, ist schlicht zu langsam.
- Wir beenden den modernen Ablasshandel mit ausländischen Zertifikaten und **übernehmen die volle Verantwortung für unsere Emissionen** in der Schweiz.
- Wir beziehen die **massiven importierten Emissionen aus Konsum und Finanzplatz** in unsere Verantwortung mit ein, anstatt den grössten Teil unseres Fussabdrucks zu ignorieren.
- Die in dieser Vision skizzierten Massnahmen werden **konsequent sozial gerecht ausgestaltet**. Sie dienen dazu, die bestehenden Ungleichheiten abzubauen, die durch die Klimakrise verschärft werden und leisten einen Beitrag für mehr Gerechtigkeit und eine lebenswerte Zukunft für alle.

Klimapositiv zu sein bedeutet mehr als Netto-Null zu erreichen. Es bedeutet, dass wir unsere historische Verantwortung als reiches Land, das jahrzehntelang über seinen Verhältnissen gelebt hat, endlich wahrnehmen.

Ab 2040 muss die Schweiz darum netto mehr CO2 aus der Atmosphäre entfernen, als sie ausstösst. Dies erreichen wir, indem wir verbleibende, technologisch nicht vermeidbare Emissionen durch Negativemissionsmassnahmen ausgleichen und darüber hinaus beginnen, unsere CO2-Schulden aus der Vergangenheit abzubauen. Dafür setzen wir uns zum Ziel, einen signifikanten Teil unserer historischen Emissionen bis 2065 aktiv aus der Atmosphäre zu entfernen, um auch langfristig abzusichern, dass die 1.5-Grad-Grenze global eingehalten werden kann.

Um dieses Ziel zu erreichen, setzen wir auf eine umfassende Strategie, die auf vier Säulen beruht: Erstens dem **Ausbau der erneuerbaren Energien** inklusive Elektrifizierung, zweitens der **Steigerung der Effizienz**, drittens dem **Wandel zu mehr Suffizienz** und viertens dem **gezielten Aufbau von Negativemissionen**.

Während wir dank dem massiven Ausbau der erneuerbaren Energien und einer Steigerung der Energieeffizienz den endgültigen Ausstieg aus den fossilen Energien vollziehen, erfordert der Klimaschutz auch ein Umdenken bei unserem Konsum. Mit einem gesellschaftlichen Wandel hin zu

[5] Quelle: https://www.newsd.admin.ch/newsd/message/attachments/65874.pdf

mehr Suffizienz stellen wir bewusst die Frage nach dem richtigen Mass. Denn mehr ist nicht immer gleich besser – was aber kein Verzicht ist, sondern eine bewusste Entscheidung für mehr Lebensqualität. Als vierte Säule für eine klimapositive Zukunft bauen wir Kapazitäten für Negativemissionen auf, um unvermeidbare Restemissionen auszugleichen und unsere historischen CO2-Schulden zu entfernen. **Damit machen wir klimaverträgliches Handeln zur einfachsten, günstigsten und logischsten Normalität.**

Die Klima- und Biodiversitätskrise sind untrennbar miteinander verbunden. Doch es ist falsch, die Natur nur als Mittel zum Zweck für einen besseren Klimaschutz zu betrachten. Eine intakte Natur ist weit mehr als nur ein nützlicher CO2-Speicher und ein geeigneter Schutz gegen Naturgefahren. **Eine intakte Natur ist die Grundlage unserer Existenz und besitzt einen Wert in sich selbst, den es zu schützen und zu bewahren gilt.** Die heutige, mechanistische Weltanschauung, welche die Natur als blosse Ressource und den Menschen als deren alleinigen Besitzer betrachtet, hat uns in diese doppelte Krise geführt.

Ein wirksamer Zukunftsentwurf geht deshalb über reine Technik und CO2-Buchhaltung hinaus. Er muss auf einem respektvollen Verständnis unseres Platzes in der Natur basieren. Zwei Leitgedanken sind für die GRÜNEN dabei zentral:

- **Prinzip der Achtung** (Rechte der Natur): Wir müssen die Vorstellung ablegen, dass nur Menschen Subjekte sein können. Wenn eine profitorientierte Aktiengesellschaft eine juristische Person mit einklagbaren Rechten sein kann, warum nicht auch ein Fluss, ein Wald oder ein Gletscher? Visionäre Ansätze wie die Verankerung von einklagbaren Rechten für die Natur zeigen einen Weg auf, wie wir der Natur eine eigene Stimme geben können. Es ist der notwendige fundamentale Schritt weg von einer Logik der Ausbeutung und der reinen Ressourcennutzung hin zu einer Haltung des Respekts, der Beziehung und der Koexistenz.
- **Prinzip der Wiederherstellung** (Rewilding): Wir müssen der Natur wieder aktiv Raum geben, anstatt sie nur passiv zu schützen. Grossflächige Renaturierungsprogramme sind eine der wirksamsten Klimaschutzmassnahmen. Ein wieder vernässtes Moor wird von der CO2-Schleuder zum Kohlenstoffspeicher. Ein revitalisierter Auenwald schützt uns vor Hochwasser und kühlt die Umgebung. Intakte Ökosysteme sind unsere widerstandsfähigsten Verbündeten. Wir müssen natürliche Prozesse von Ökosystemen wieder zulassen, um ihre Resilienz und ihre Fähigkeit zur Selbstregulation zu stärken.

Mit dieser Vision schaffen wir eine lebenswertere, gesündere und gerechtere Zukunft. Wir schaffen Rahmenbedingungen, in denen klimafreundliches Verhalten nicht mehr eine Ausnahme, sondern die einfache, attraktive Normalität wird. Wir haben die Wahl zwischen einer heute selbstbestimmten Transformation, die unsere Lebensqualität verbessert, oder einem künftig von der Klimakatastrophe erzwungenen Verzicht. **Wir GRÜNE entscheiden uns für die aktive Gestaltung einer positiven Zukunft.**

Dafür braucht es einen mutigen Politikwechsel. Die Massnahmen in diesem Plan sind nicht alle mit den heutigen Mehrheitsverhältnissen umsetzbar. Einige können per Verordnung rasch realisiert werden, andere brauchen gesetzliche Grundlagen und die ambitioniertesten werden sich an der Urne beweisen müssen. Die Abstimmung über das CO2-Gesetz im Jahr 2021 hat gezeigt, wie schnell klimapolitische Fortschritte scheitern, wenn sie als Belastung statt als Chance kommuniziert werden.

Wir gewinnen Mehrheiten nicht allein mit der grünen Basis. Wir brauchen Bäuer:innen, die in Bio und Tierwohl eine Zukunft sehen. Wir brauchen Unternehmen, die Planungssicherheit einer klimapolitischen Hängepartie vorziehen. Wir brauchen Kantone, die Energiesouveränität als wirtschaftliche Chance begreifen. Und wir brauchen Gewerkschaften, die eine gerechte Transition für betroffene Branchen mitgestalten. **Diese Allianzen bauen wir aktiv auf.**

Was der klimapolitische Backlash aber unmissverständlich zeigt: **Die GRÜNEN sind und bleiben der Motor der Klimapolitik.** Zu mächtig sind die Interessen anderer Akteure, das Thema aus reinem Profit- oder Machterhalt klein zu halten. Der Fortschritt der Klimapolitik misst sich an der Stärke der GRÜNEN.

Unsere Vision verlangt deshalb auch einen klaren Politikwechsel und spätestens 2027 neue politische Mehrheiten, die bereit sind, die notwendigen Entscheidungen für unsere Zukunft zu treffen. Mit einer mutigen, klugen und entschlossenen Politik nehmen wir die Menschen mit und gestalten den Weg in eine lebenswerte Zukunft.

2 HEBEL FÜR EINE KLIMAPOSITIVE SCHWEIZ

2.1 HEBEL 1: KLIMAGERECHTIGKEIT ALS FUNDAMENT

Um die Klimaziele zu erreichen, müssen wir Klimagerechtigkeit zum Fundament politischer Entscheidungen machen. Dafür braucht es einen verbindlichen Rahmen, der sicherstellt, dass alle politischen Entscheide konsequent auf unsere Klimaziele ausgerichtet sind und der notwendige Wandel sozialverträglich gestaltet wird. So stellen wir sicher, dass Klimapolitik als Ganzes funktioniert, die Kosten gerecht verteilt werden und alle Akteure einem verbindlichen Pfad folgen.

Das Problem:

- **Privilegienschutz statt Klimagerechtigkeit:** Die Lasten der Klimakrise sind extrem ungleich verteilt. Während eine wohlhabende Minderheit durch einen ressourcenintensiven Lebensstil profitiert und fossile Lobbys ihre Profite sichern, tragen einkommensschwache Haushalte und die Menschen im Globalen Süden die Hauptlast der Zerstörung. Die aktuelle Politik schützt die Privilegien systematisch, anstatt die Grundlagen für eine gerechte Verteilung der Lasten der Krisen zu schaffen.
- **Fehlende Verbindlichkeit**: Klimaziele werden von der Politik als unverbindliche Absichtserklärungen behandelt statt als zwingender Auftrag. Es fehlt ein verbindliches, nationales CO2-Budget, das die Gesamtmenge an Emissionen in der Schweiz wirksam begrenzt.
- **Widersprüchliche Politik**: Trotz des klaren Auftrages für mehr Klimaschutz werden gleichzeitig jährlich Milliarden in klimaschädliche Subventionen gesteckt und wir bauen Infrastrukturen, die uns für Jahrzehnte an eine fossile Vergangenheit binden.
- **Unwirksame Anreize**: Der heutige Preis für den Ausstoss von Treibhausgasen ist viel zu tief. Weder die CO2-Abgabe noch das Emissionshandelssystem spiegeln die wahren Klimaschadenskosten wider, wodurch ein wichtiger wirtschaftlicher Anreiz für den Klimaschutz fehlt.

Unsere Zielvorstellung:

- Wir schaffen eine Politik, in der Klimaschutz nicht mehr als eine von vielen Aufgaben ist, sondern als Fundament für alle Politikbereiche gilt. Eine Politik, die ihre Vorbildfunktion wahrnimmt und in die Zukunft investiert. Wir verstehen diese Investitionen nicht als neue Kosten, sondern als Abwendung der um ein Vielfaches höheren Kosten des Nichthandelns durch Klimaschäden, Ernteausfälle, Gesundheitsfolgen und Anpassungsmassnahmen.
- Mit einem verbindlichen, rechtlichen Rahmen stellen wir sicher, dass die Schweiz ihre Emissionen im Inland bis 2040 auf Netto-Null reduziert, diesen Wandel sozial gerecht gestaltet und einen verantwortungsvollen Beitrag zur Reduktion der globalen Emissionen leistet.
- Wir schaffen eine öffentliche Grundversorgung und soziale Infrastruktur, um klimaverträgliches Leben für alle Menschen Realität werden zu lassen. Durch einen starken Service Public schaffen wir Rahmenbedingungen, unter denen klimaverträgliches Verhalten für die gesamte Bevölkerung zur einfachsten und günstigen Normalität wird.

Unsere Lösung:

- **Klimaschutz als Fundament politischen Handelns**: Dafür schaffen wir ein Klimadepartement im Bundesrat, wo die Kompetenzen für wirksamen und sozialverträglichen Klimaschutz gebündelt werden. Ebenso muss jedes politische Vorhaben auf seine Vereinbarkeit mit den Klimazielen geprüft werden. Gesetze, die dem Klimaschutz widersprechen, müssen angepasst werden. Dafür führen wir einen Klima-Check für alle Gesetze und Budgets ein.

- **Nationales CO2-Budget verankern**: Es muss ein nationales CO2-Budget verankert werden, das mit den Klimazielen übereinstimmt und die historische Verantwortung der Schweiz als sehr reiches Land wahrnimmt. Dieses Budget muss auf einzelne Sektoren heruntergebrochen werden, um klare Verantwortlichkeiten zu schaffen.
- **Ablaufdatum für fossile Technologien**: Für klimaschädliche Technologien braucht es klare und verbindliche Ausstiegsdaten. Der Bund sorgt gleichzeitig dafür, dass Investitionen in diese Technologien wie fossile Fahrzeuge oder Heizungen gestoppt werden. Dies schafft auch für die Wirtschaft Planungs- und Investitionssicherheit.
- **Klima- und biodiversitätsschädigende Subventionen stoppen**: Klima- und biodiversitätsschädliche Subventionen, z.B. in den Flugverkehr, müssen konsequent abgebaut werden. Wir beenden dazu die widersprüchliche Politik, die mit Steuergeldern das Klima schädigt. Dazu müssen alle solche Subventionen abgeschafft werden. Die dadurch freiwerdenden Milliarden können gezielt in Klimaschutzmassnahmen und die soziale Abfederung der Transformation umgelenkt werden.
- **Unabhängige Überprüfung sicherstellen**: Um die Einhaltung der Klimaziele und die Wirksamkeit der Massnahmen unabhängig zu überprüfen, schaffen wir ein unabhängiges nationales Gremium zur Überwachung der Klimapolitik. Dieses Gremium wird vom Parlament gewählt, ist mit unabhängigen Wissenschaftler*innen besetzt und hat den expliziten Auftrag, die Politik von Bund und Kantonen zu evaluieren und öffentlich Empfehlungen abzugeben. Damit setzen wir eine zentrale Forderung aus dem Urteil der Klimaseniorinnen um.
- **Vorbildfunktion nutzen**: Die öffentliche Hand muss als Vorbild vorangehen. So sollen Bund, Kantone und Gemeinden beispielsweise zu 100 % klimaneutral beschaffen. Der Staat darf nicht mehr länger mit Steuergeldern klimaschädliche Strukturen stützen, sondern muss mit seiner Grösse Nachfrage für nachhaltige Produkte und Dienstleistungen schaffen.
- **Bildungsoffensive, Forschung und öffentliche Aufklärung stärken:** Wir verankern Klimakompetenz und kritisches Denken fest in den Lehrplänen aller Schulstufen. Gleichzeitig schaffen wir mit einer staatlich finanzierten Umschulungs- und Weiterbildungsoffensive die dringend benötigten Fachkräfte für die Energiewende. Gezielte Investitionen in die öffentliche Forschung und eine transparente Aufklärung der Bevölkerung stellen sicher, dass der ökologische Umbau auf einem breiten, wissenschaftlichen und demokratischen Fundament steht.
- **Öffentliche Grundversorgung klimaverträglich ausbauen:** Wir bauen die öffentliche Grundversorgung aus, um ein klimaverträgliches Leben für alle Menschen zu ermöglichen. Von einem flächendeckenden, bezahlbaren öffentlichen Verkehr und dem raschen Ausbau von bezahlbaren Kitas über eine gesunde, lokale Lebensmittelversorgung bis hin zu den richtigen Rahmenbedingungen für mehr Zeitwohlstand. Durch einen starken Service Public machen wir klimaverträgliches Verhalten zur unkomplizierten, kostengünstigen und attraktiven Normalität für die gesamte Bevölkerung.
- **Grünes Grundeinkommen einführen:** Wir führen schrittweise ein bedingungsloses Grundeinkommen ein. Ein solches befreit von Existenzangst, bricht den Wachstumszwang und ermöglicht echte Suffizienz. Unbezahlte Arbeit – wie Care-Arbeit oder ökologisches Engagement – wird dadurch endlich aufgewertet.
- **Negativemissionen richtig einsetzen**: Um bis 2040 klimapositiv zu werden, müssen wir CO2 aus der Atmosphäre entfernen. Dabei unterscheiden wir zwischen der CO2-Minderung an fossilen oder mineralischen Quellen (CCS) – wie bei Zementwerken, was eine reine Emissionsreduktion ist – und echten Negativemissionen, die der Luft CO2 entziehen. Diese sind kein Freipass für Scheinlösungen oder Ersatz für drastische Reduktionen der Emissionen. Negativemissionen dienen ausschliesslich zwei Zwecken: Dem Ausgleich von unumgänglichen Restemissionen (bspw. aus der Landwirtschaft), sowie der Entfernung unserer historischen CO2-Emissionen aus der Atmosphäre. Dafür setzen wir primär auf natürliche Senken wie den Humusaufbau in der Landwirtschaft. Technische Verfahren wie DACCS unterstützen wir mit entsprechenden ökologischen und Sicherheitsauflagen und fördern deren Erforschung und Entwicklung. Verfahren zur CO2-Abschneidung bei der Biomasseverbrennung (BECCS) betrachten wir nicht als Negativemissionen: Die eigentliche Emission hat bereits beim jahrzehntelangen Wachstum der Pflanzen stattgefunden. Neuartige

Verfahren zur Erhöhung der Ozean-Alkalität oder zur CO2-Filterung aus Meerwasser haben das Potenzial, die Versauerung der Meere zu linden. Vor ihrem Einsatz müssen sie aber weiterhin intensiv erforscht werden und es braucht den strikten Nachweis einer Umweltverträglichkeit.

- **Ein stabiles, faires und verursachergerechtes Finanzierungsfundament sichern:** Der ökologische und gesellschaftliche Umbau ist eine öffentliche Gemeinschaftsaufgabe und muss im Kern steuerfinanziert, sozialverträglich und verursachergerecht ausgestaltet sein. Um diese notwendigen Investitionen zu ermöglichen, muss grundsätzlich über die viel zu starr interpretierte Schuldenbremse gesprochen und die zukunftssichernden Klimainvestitionen von den Sparvorgaben des Bundes ausgenommen werden. Gleichzeitig mobilisieren wir das private Kapital: Über klare Vorgaben verpflichten wir Pensionskassen, Versicherungen und Banken, ihre riesigen Vermögen vollständig aus fossilen Projekten abzuziehen und in die nachhaltige Transition umzulenken. Um die verursachergerechte Finanzierung sicherzustellen, braucht es einen einheitlichen und wirksamen CO2-Preis, der sich an den realen Klimaschadenskosten von CHF 430.– pro Tonne CO2 orientiert. Zur Abfederung sozialer Ungleichheiten fliessen alle Einnahmen in einen Klima-Sozialfonds. Daraus werden sowohl Klimaschutzmassnahmen als auch konkrete Massnahmen zur sozialverträglichen Abfederung finanziert. Zusätzlich braucht es eine ökologische Steuerreform, die die Erwerbsarbeit entlastet und stattdessen den Ressourcenverbrauch sowie grosse Vermögen konsequent besteuert.

2.2 HEBEL 2: ENERGIE

Eine sichere und erneuerbare Energieversorgung ist das Rückgrat einer klimapositiven Schweiz und die Voraussetzung für die Dekarbonisierung aller Sektoren. Wir müssen unsere gefährliche Abhängigkeit von fossilen Importen aus dem Ausland beenden und unsere Energieproduktion vollständig auf erneuerbare Quellen umstellen.

Das Problem:

- **Fossile Abhängigkeit**: Die Schweiz importiert über 70 % ihrer Energie in Form von fossilen Energieträgern wie Öl, Gas oder Uran. Das finanziert Autokratien, heizt das Klima an und macht uns erpressbar.
- **Elektrifizierung braucht Strom**: Die notwendige Dekarbonisierung von Mobilität, Industrie oder des Gebäudeparks bedingt eine Elektrifizierung der entsprechenden Sektoren. Dadurch verschiebt sich der Energieverbrauch von fossilen Energieträgern zu Strom.
- **Scheindebatten über AKWs**: Atom-Illusionen von neuen, gefährlichen und verantwortungslosen Atomkraftwerken lenken von der dringendsten Aufgabe ab: dem schnellen Ausbau aller Erneuerbaren. Diese Diskussionen blockieren Investitionen und schaffen Unsicherheiten, die den Umstieg auf erneuerbare Energien sabotiert.
- **Systematische Energieverschwendung**: Energie wird systematisch verschwendet, es fehlt an ambitionierten und verbindlichen Vorgaben für die Effizienz von Gebäuden, Fahrzeugen und Elektrogeräten.

Unsere Zielvorstellung:

- Die Schweiz beendet die fossil-atomare Ära und stellt ihre Energieversorgung bis 2040 vollständig auf erneuerbare Energien um.
- Die Stromproduktion ist dezentral organisiert. Hunderttausende Solaranlagen auf Dächern, Fassaden und Infrastrukturen bilden das Rückgrat der Versorgung. Sie machen die Bevölkerungen zu Produzent*innen statt zu Konsument*innen der Energiewende.
- Der Energieverbrauch wird durch eine konsequente Suffizienz- und Effizienzstrategie gesenkt, womit sich der notwendige Ausbau der Produktion in Grenzen hält.
- Der Ausbau der erneuerbaren Energien geschieht im Einklang mit der Biodiversität, in dem beispielsweise bestehende Wasserkraftwerke naturverträglich saniert und Solaranlagen primär auf bereits bestehenden Infrastrukturen gebaut werden.

Unsere Lösung:

Vollständiger Ausstieg aus fossilen Energien: Wir steigen bis spätestens 2040 vollständig aus allen fossilen Energien aus.

- **Solar-Offensive**: Dank einer konsequenten Umsetzung unserer Solarinitiative wird in Zukunft auf jedem geeigneten Dach und geeigneter Infrastruktur eine Solaranlage installiert. Faire Vergütungsmodelle stellen sicher, dass die Investition finanziell möglich ist und amortisiert werden kann.
- **Wind-Offensive**: Windenergie spielt für die Winterstromversorgung eine wichtige Rolle. Um den Ausbau wirksam und naturverträglich voranzutreiben, braucht es einen nationalen Aktionsplan Wind sowie einen Runden Tisch Windenergie unter Einbezug von Kantonen, Umweltschutzorganisationen und der Branche. Zudem steigern wir die lokale Akzeptanz durch die direkte wirtschaftliche Beteiligung von Gemeinden und der Bevölkerung an Windparks.
- **Konsequenter Atomausstieg**: Wir setzen den demokratisch beschlossenen Atomausstieg weiterhin konsequent um. Anstatt wertvolle Zeit und Milliarden in gefährliche **Luftschlösser** wie neue Atomkraftwerke zu verschwenden, investieren wir alle Mittel und politische Kraft in den schnellen Ausbau der erneuerbaren Energien. Atomkraft ist zu teuer, zu langsam und zu gefährlich. Sie ist ein Hindernis für die Energiewende, kein Teil der Lösung.
- **Stromabkommen unterzeichnen**: Wir stärken die europäische Zusammenarbeit im Strombereich und setzen uns für ein Stromabkommen mit der EU ein. Ein solches Abkommen ist ein zentraler Pfeiler für die Energiewende und die Versorgungssicherheit. Die innerstaatliche Umsetzung braucht jedoch noch Verbesserungen: Während der vom Bundesrat vorgesehene Erhalt der regulierten Grundversorgung zwingend Teil der Umsetzung bleiben muss, braucht es den Fortbestand der bestehenden Förderinstrumente für erneuerbare Energien.
- **Sauberer Stromimport als verbindlicher Standard**: Die Schweiz importiert ausschliesslich Strom aus zertifizierten erneuerbaren Quellen.
- **Energieverschwendung stoppen**: Wir fördern Suffizienz als zentrale Säule der Energiewende. Gleichzeitig führen wir ambitionierte und verbindliche Effizienzvorgaben für Gebäude, Fahrzeuge und Elektrogeräte ein.
- **Rechenzentren und Digitalisierung nachhaltig gestalten:** Der aktuelle Digitalisierungs- und KI-Boom darf die Energiewende und die Versorgungssicherheit nicht gefährden. Während für Haushalte und Industrie Effizienzregeln gelten, fehlt für diese enormen Strom- und Wasserverbraucher ein verbindlicher Rahmen. Wir fordern deshalb gesetzliche Effizienz- und Transparenzvorschriften: Betreiber müssen das enorme Effizienzpotenzial ausschöpfen, ihren Strombedarf durch erneuerbare Quellen im Inland decken, ihre Abwärme in lokale Wärmenetze einspeisen und wassersparende Kühlsysteme nutzen, um im Sommer Nutzungskonflikte beim Trinkwasser zu verhindern.
- **Netze und Speicher modernisieren**: Wir modernisieren die Netzinfrastruktur für eine dezentrale, erneuerbare Produktion auf eine naturverträgliche Weise. Speichertechnologien werden gezielt gefördert, beispielsweise das Potenzial von Elektrofahrzeugen mit Vehicle-to-Grid. Für die saisonale Speicherung fördert der Bund thermische Speicher oder auch Power-to-X-Technologien.

2.3 HEBEL 3: MOBILITÄT

Der Verkehr (Landverkehr, Luftverkehr, Schifffahrt) ist mit über einem Drittel der CO2-Emissionen der grösste Klimasünder der Schweiz. Die Emissionen sind seit 1990 nicht mehr gesunken. Eine klimapositive Zukunft erfordert deshalb eine fundamentale Transformation unserer Mobilität. Eine echte Verkehrswende, die den Menschen und nicht das Auto in den Mittelpunkt stellt und dadurch nebenbei auch noch unsere Lebensqualität massiv steigert.

Das Problem:

- **Fossile Dominanz auf der Strasse**: Der Strassenverkehr ist fast vollständig von importierten, fossilen Energieträgern abhängig. Der Umstieg auf klimaneutrale Alternativen erfolgt viel zu langsam, weil klimaschädliches Verhalten kaum Kostenfolgen hat und Anreize falsch gesetzt sind. Gleichzeitig wird die Schweizer Wagenflotte von Jahr zu Jahr schwerer, grösser und breiter. Dieser SUV-Boom führt nicht nur zu Sicherheitsproblemen, sondern auch zu einem erhöhten Energieverbrauch – egal ob fossil oder elektrisch.
- **Verharmlosung der Luftfahrt**: Die Klimawirkung der Luftfahrt wird massiv unterschätzt, da die Nicht-CO2-Effekte die Klimaerwärmung zwei- bis dreimal stärker antreiben als das CO2 allein. Zudem ist die Schweiz ein Land von Vielflieger*innen – wir fliegen im Schnitt doppelt so viel wie unsere Nachbarländer. Dieser klimaschädliche Boom wird durch massive Privilegien wie die Befreiung von der Kerosin- und der Mehrwertsteuer auf Flugtickets künstlich verbilligt. Zudem werden internationale Flüge in der nationalen Klimabilanz weitgehend ignoriert.
- **Falsche politische Prioritäten**: Anstatt den Umstieg zu beschleunigen, werden weiterhin Milliarden in den Ausbau von Autobahnen und Flughäfen investiert und damit die Probleme von morgen zementiert.
- **Milliarden auf Kosten der Allgemeinheit**: Der Verkehr verursacht in der Schweiz jährlich enorme externe Kosten von rund 20 Milliarden pro Jahr durch Luftverschmutzung, Lärm, Treibhausgasemissionen, Unfällen und Schäden an der Natur. Diese werden grösstenteils von der Allgemeinheit getragen, anstatt nach dem Verursacherprinzip eingepreist zu werden.

Unsere Zielvorstellung:

- Bis 2040 ist der gesamte Personen- und Güterverkehr in und aus der Schweiz klimaneutral und basiert auf 100 % erneuerbaren Energien.
- Der Flugverkehr wird auf ein Minimum reduziert. Unnötige Flüge, insbesondere auf Kurzstrecken und solche mit Privatjets gehören der Vergangenheit an. Alternative Reisemöglichkeiten und eine ehrliche Bepreisung haben für eine massive Reduktion der Flugreisen geführt.
- Die Verkehrsnachfrage hat abgenommen, weil eine kluge Raumplanung für eine «Stadt der kurzen Wege» sorgt, in der die wichtigsten Alltagsbedürfnisse in 15 Minuten erreichbar sind.
- Der Modalsplit hat sich fundamental zugunsten des öffentlichen Verkehrs sowie des Fuss- und Veloverkehrs verschoben. Eine reine Elektrifizierung des heutigen Verkehrs reicht nicht aus.

Unsere Lösung:

- **Moratorium für klimaschädliche Infrastruktur**: Politische Entscheide über grosse Infrastrukturen wie Strassen und Flughäfen schaffen jahrzehntelange Abhängigkeiten und zementieren klimaschädliches Verhalten («Lock-in-Effekte»). Jede heute gebaute Autobahnspur führt für die nächsten Jahrzehnte zu mehr Verkehr und mehr Emissionen. Deshalb müssen wir heute aufhören, Infrastrukturen zu bauen, die uns an eine fossile Vergangenheit binden. Wir fordern deshalb einen sofortigen und verbindlichen Stopp für jeglichen Kapazitätsausbau von Autobahnen und Flughäfen.
- **Raumplanung für eine 15-Minuten-Schweiz**: Wir richten die Raumplanung auf eine polyzentrische, 15-Minuten-Schweiz aus und fördern eine entsprechende Agglomerationspolitik. So wird unnötiger Pendelverkehr reduziert.
- **Tempolimits zur Verkehrsberuhigung**: Wir setzen uns für eine flächendeckende Einführung von Tempo-30-Zonen in Gemeinden ein und eine Reduktion der Höchstgeschwindigkeit auf

Autobahnen auf 80 km/h. Diese Massnahmen senken den Energieverbrauch, die Emissionen und führen zeitgleich zu mehr Lebensqualität durch weniger Lärm und erhöhte Sicherheit.

- **Investitionsoffensive für den öffentlichen Verkehr**: Wir investieren in die Infrastruktur des ÖV, um eine attraktive Alternative zum Individualverkehr zu schaffen. Dies umfasst den Kapazitätsausbau in den Agglomerationen, eine bessere Erschliessung ländlicher Gebiete und eine Erhöhung der Frequenz und Zuverlässigkeit.
- **Förderung der aktiven Mobilität**: Wir schaffen durchgehende, sichere und attraktive Netze für den Fuss- und Veloverkehr. Dies bedingt eine faire Aufteilung des öffentlichen Raums mit breiten Trottoirs und Veloschnellrouten.
- **Öffentlicher Verkehr für alle**: Der öffentliche Verkehr muss für alle preiswert sein. Dafür fördern wir attraktive Preissysteme, wie beispielsweise ein Halbtax für alle und einen kostenlosen ÖV für Kinder.
- **Zug statt Flug**: Wir investieren in den Ausbau des europäischen Nacht- und Schnellzugnetzes. Damit können auch Inland- und Kurzstreckenflüge verboten werden, auf Routen mit attraktiven Zugalternativen unter sechs Stunden. Flughäfen bleiben zwischen 21.00 und 7.00 Uhr geschlossen.
- **Klares Ablaufdatum für Verbrenner**: Neue Verbrennerfahrzeuge (inkl. Hybride) haben auf unseren Strassen nichts verloren. Wir setzen ein verbindliches Verkaufsverbot für neue Personenwagen mit Verbrennungsmotor ab 2030 durch.
- **Kostenwahrheit schaffen**: Wir führen eine wirksame, verursachergerechte Abgabe auf allen fossilen Treibstoffen ein. Zudem braucht es eine Flugticketabgabe, die auch die Nicht-CO2-Effekte berücksichtigt.
- **Luxus-Emissionen beenden**: Privatjet-Flüge müssen massiv eingeschränkt und wo immer möglich verboten werden.
- **Mobility-Pricing einführen**: Wir brechen die Verkehrsspitzen, indem wir die Nutzung der Infrastruktur zu Stosszeiten bepreisen. Das entlastet die Infrastruktur und fördert das Umsteigen.
- **Recht auf Laden gesetzlich verankern**: Wo keine Verlagerung möglich ist, muss der Individualverkehr elektrifiziert werden. Damit das für alle gelingt, erhalten auch Mieter*innen und Stockwerkeigentümer*innen einen gesetzlichen Anspruch darauf, Ladeinfrastruktur installieren zu können.
- **Fossilfreier Güterverkehr und Verlagerungsziele:** Wir machen die Logistik klimaverträglicher: durch eine konsequente Umsetzung des Verlagerungsziels der Alpen-Initiative für den alpenquerenden Güterverkehr sowie ein Verlagerungsziel für den Güterverkehr in der Fläche. Für den verbleibenden Strassentransport schaffen wir einen finanziellen Anreiz für den Flottenumstieg: Emissionsfreie LKW zahlen weniger, fossile deutlich mehr. Der Umstieg auf batterie-elektrische und wasserstoffbetriebene LKW wird mit gezielten Förderprogrammen unterstützt.
- **Letzte Meile emissionsfrei gestalten**: Wir unterstützen Städte und Agglomerationen bei der Schaffung von Zero-Emission-Zonen, in denen die Warenlieferung nur noch mit emissionsfreien Fahrzeugen erlaubt ist.

  Schifffahrt vollständig dekarbonisieren: Die Schweizer Seenschifffahrt wird vollständig auf elektrischen Antrieb umgestellt. Für die Rheinschifffahrt führt der Hafen Basel schrittweise Anforderungen für emissionsarme Schiffsantriebe ein.

2.4 HEBEL 4: GEBÄUDESEKTOR

Der Schweizer Gebäudepark ist für rund einen Viertel der CO2-Emissionen verantwortlich. Die Umstellung auf erneuerbare Heizsysteme und die energetische Sanierung der Gebäude müssen deshalb massiv beschleunigt werden, um unsere Klimaziele zu erreichen und die Abhängigkeit von importiertem Öl und Gas zu beenden.

Das Problem:

- **Eine Million fossile Heizungen**: Weiterhin werden rund eine Million Gebäude in der Schweiz mit klimaschädlichen Öl- und Gasheizungen betrieben.
- **Schleppende Sanierungsrate**: Die Sanierungsrate des veralteten Gebäudeparks ist mit rund 1% viel zu tief. Mit diesem Tempo dauert es ein Jahrhundert, bis die Schweiz klimaneutral wohnt.
- **Ignorierte graue Emissionen**: Die enormen Emissionen, die bei der Herstellung von Baumaterialen und beim Bau selbst entstehen, werden in der heutigen Klimapolitik zu wenig berücksichtigt.
- **Kantonaler Flickenteppich**: Fehlende Vorschriften auf nationaler Ebene führen zu einem ineffektiven kantonalen Flickenteppich und verhindern eine schweizweit konsequente Dekarbonisierung des Sektors.

Unsere Zielvorstellung:

- Bis 2040 ist der gesamte Schweizer Gebäudepark klimaneutral im Betrieb. Alle Gebäude werden mit 100 % erneuerbarer Energie beheizt.
- Die Emissionen aus Erstellung, Umbau und Rückbau von Gebäuden sind durch eine konsequente Kreislaufwirtschaft auf ein Minimum reduziert. Restemissionen werden aus der Atmosphäre entfernt.

Unsere Lösung:

- **Sofortiger Stopp für neue fossile Heizungen**: Wir erlassen ein sofortiges Verbot für den Einbau von neuen, fossil betriebenen Heizungssystemen. Für den Ersatz einer defekten Heizung gibt es heute bereits praxistaugliche erneuerbare Alternativen. Ebenso werden Elektroheizungen konsequent ersetzt.
- **Verbindlicher Ersatz aller fossiler Heizungen**: Bestehende Öl- und Gasheizungen werden am Ende ihrer Lebensdauer verpflichtend durch erneuerbare Systeme ersetzt. Für alle verbleibenden Anlagen gilt eine definitive Ausstiegsfrist bis 2040.
- **Sozialverträglicher Heizungsersatz**: Der Umstieg auf erneuerbare Heizungen muss für alle fair und finanzierbar sein. Als Ergänzung zum heutigen Gebäudeprogramm, stellen wir über einen Klima-Sozialfonds (siehe Hebel 1: Klimagerechtigkeit als Fundament) sicher, dass dieser Umstieg sozialverträglich geschieht. Gleichzeitig stellen wir sicher, dass Investitionskosten nur so weit auf die Mietpreise umgelegt werden dürfen, wie Mieter*innen im Gegenzug von tieferen Nebenkosten profitieren. Die Sanierung darf nicht zu einer reinen Rendite-Optimierung auf Kosten der Mietenden führen.
- **Sanierungsoffensive intensivieren**: Die Sanierungsrate muss verdreifacht werden. Das erreichen wir über entsprechende finanzielle Anreize im Rahmen des Gebäudeprogramms und einer gestaffelten Sanierungspflicht für die energetisch schlechtesten Gebäude. Gleichzeitig stoppen wir die Spekulation unter dem Deckmantel des Klimaschutzes: Wir führen ein Verbot von Leerkündigungen bei Sanierungen ein. Zudem erhalten Mieter*innen in schlecht isolierten Wohnungen, die im Winter teuer und im Sommer unerträglich heiss sind, einen Anspruch auf Mietzinsreduktion.
- **Bauen im Bestand priorisieren**: Wir fordern eine Trendwende weg vom Ersatzneubau-Boom, hin zur Aufwertung, Umnutzung und Sanierung bestehender Gebäude. Dies schont wertvolle Ressourcen, vermeidet enorme Mengen an grauen Emissionen bei der Materialherstellung und bewahrt gleichzeitig bezahlbaren Wohnraum vor spekulationsgetriebenen Abrissen.

- **Kreislaufwirtschaft im Bau verankern**: Es werden verbindliche Grenzwerte für graue Emissionen im Bau eingeführt. Mit einem obligatorischen Gebäuderessourcenpass machen wir die Materialflüsse transparent und fördern den Einsatz von klimaneutralen, wiederverwendbaren Baumaterialen wie Holz. Ebenso wird das Bau-Recycling gefördert.
- **Ausbau von Wärmenetzen**: Wir fördern den schweizweiten Ausbau von thermischen Netzen, die Abwärme, Geothermie, Seewasser oder Solarthermie nutzen, um ganze Quartiere erneuerbar mit Wärme zu versorgen.

2.5 HEBEL 5: INDUSTRIE UND INNOVATION

Die Schweizer Industrie ist für rund ein Viertel der direkten CO2-Emissionen verantwortlich. Ihre Dekarbonisierung ist ein zentraler Hebel für den Klimaschutz und eine Chance für zukunftsfähige Arbeitsplätze.

Das Problem:

- **Fossile Abhängigkeit in der Produktion**: Ein Grossteil der Industrie-Emissionen stammt aus energieintensiven Prozessen wie der Zement-, Chemie- oder Stahlproduktion, die heute noch stark von fossilen Energien abhängig sind.
- **Schwer vermeidbare Emissionen**: Prozess-Emissionen (bspw. bei der Zementherstellung) sind schwer vermeidbar und erfordern Lösungsansätze wie die Abschneidung und Speicherung von CO2 (CCS).
- **Der blinde Fleck der Lieferketten**: Gerade Branchen wie die Pharma- und Chemieindustrie verursachen den grössten Teil ihrer Klimabelastung im Ausland. Die Emissionen entlang ihrer globalen Lieferketten (Scope 3), die für in die Schweiz importierte oder von hier aus verkauften Produkten anfallen, sind oft um ein Vielfaches höher als die direkten Emissionen in der Schweiz. Diese «grauen Emissionen» werden in unserer Klimapolitik aber systematisch ignoriert und die Konzerne werden nicht ausreichend für ihre globale Klimawirkung in die Verantwortung genommen.
- **Träges Emissionshandelssystem**: Das heutige Emissionshandelssystem für die Industrie verringert die Obergrenze der erlaubten Gesamtemissionen (Cap) viel zu langsam, um einen genügend schnellen Ausstiegspfad bis 2040 zu ermöglichen. Zudem stellt die kostenlose Abgabe von Emissionsrechten eine ungerechte Privilegierung grosser Konzerne dar, wodurch dem Bund enorme Summen an potenziellen Einnahmen für den ökologischen Umbau entgehen.

Unsere Zielvorstellung:

- Bis 2040 ist die Schweizer Industrie vollständig klimaneutral und liefert die Grundlage für eine funktionierende Kreislaufwirtschaft.
- Die Industrie hat ihre Abhängigkeit von fossilen Rohstoffen und Energien beendet und nutzt erneuerbare Alternativen.
- Alle unvermeidbaren Emissionen werden direkt an der Quelle abgeschieden und dauerhaft gespeichert. Bei einer CO2-Wiederverwendung wird sichergestellt, dass das CO2 später nicht in die Atmosphäre gelangt.

Unsere Lösung:

- **Verbindlicher Fahrplan für den fossilen Ausstieg**: Die Industrie braucht einen klaren und verbindlichen Zeitplan für den Ersatz von fossilen Energien in allen Prozessen. Erneuerbare Alternativen wie grüner Wasserstoff, erneuerbarer Strom oder Biogas werden gefördert.
- **Klimaverantwortung für die gesamte Lieferkette**: Die Industrie wird in die Pflicht genommen, die Verantwortung für ihre globalen Emissionen zu übernehmen. Insbesondere die Pharma- und Chemieindustrie muss ihre massiven Scope-3-Emissionen verbindlich reduzieren. Das Konzernverantwortungsgesetz (siehe Hebel 6: Wirtschaft und Konsum) ist dafür ein zentrales Instrument.

- **Wirksamen CO2-Preis durchsetzen**: Die kostenlose Zuteilung von Emissionsrechten im EHS wird abgeschafft und der CO2-Preis an die realen Klimakosten (CHF 430.–/Tonne CO2) angeglichen. Damit entsteht ein starker Anreiz für die Dekarbonisierung.
- **Umgang mit nicht vermeidbaren Emissionen**: Für unvermeidbare Emissionen aus Anlagen wie Zementwerken oder Kehrichtverbrennungsanlagen muss die notwendige Infrastruktur zur Abschneidung, zum Transport und zur Speicherung (CCS) oder Nutzung (CCU) von CO2 gesorgt werden. Die Kosten werden gemäss dem Verursacherprinzip getragen.
- **CO2-Grenzausgleich**: Damit die Schweizer Industrie durch die Klimaschutzmassnahmen keinen Wettbewerbsnachteil erleidet, braucht es zwingend einen CO2-Grenzausgleich (CBAM) (siehe dazu Hebel 6: Wirtschaft und Konsum). Dieser verhindert ein Öko-Dumping und schützt einheimische Unternehmen vor unfairem Wettbewerb.
- **Förderung von grünen Innovationen**: Forschung und Entwicklung von klimaneutralen Produktionsverfahren und Schlüsseltechnologien werden aktiv gefördert, um den Industrieplatz Schweiz zukunftsfähig zu machen.

2.6 HEBEL 6: WIRTSCHAFT UND KONSUM

Der Konsum von Gütern wie Elektronik, Kleidung oder Möbel verursacht enorme Mengen an CO2-Emissionen, die grösstenteils im Ausland bei der Produktion anfallen (sogenannte «grauen Emissionen»). Eine wirksame Klimapolitik muss deshalb bei diesen importierten Emissionen ansetzen. Sie verlangt aber auch einen Bruch mit dem blinden Glauben an ein endloses, materielles Wirtschaftswachstum auf einem Planeten mit begrenzten Ressourcen. Nur so gelingt der Übergang von einer auf Überproduktion ausgerichteten Wegwerfgesellschaft zu einer nachhaltigen, Postwachstums-orientierten Kreislaufwirtschaft, die das Wohlergehen der Menschen ins Zentrum stellt.

Das Problem:

- **Ignorierte graue Emissionen**: Mehr als zwei Drittel der Schweizer CO2-Emissionen entstehen im Ausland durch den Import von Konsumgütern. Doch diese grauen Emissionen werden in den offiziellen Klimazielen der Schweiz nicht berücksichtigt. Wenn die importierten Emissionen mitgezählt werden, hat die Schweiz einen der höchsten Emissionswerte pro Kopf.
- **Systematische Ressourcenverschwendung**: Eine auf kurze Lebensdauer, mangelnde Reparierbarkeit und eine Wegwerf-Mentalität ausgerichtete Wirtschaft führt zu einem immensen Ressourcenverbrauch und riesigen Abfallbergen. Anstatt wertvolle Rohstoffe im Kreislauf zu halten, ist die heutige Abfallwirtschaft auf die klimaschädliche Verbrennung in Kehrichtverbrennungsanlagen ausgerichtet, was grosse Mengen CO2 freisetzt und wertvolle Ressourcen vernichtet.
- **Fehlende Transparenz und falsche Anreize**: Die Klima- und Umweltbelastung eines Produktes ist für Konsument*innen beim Kauf kaum ersichtlich. Gleichzeitig sind klimaschädliche Wegwerfprodukte oft günstiger als langlebige und reparierbare Alternativen. Es fehlen politische Anreize für eine ressourcenschonende Kreislaufwirtschaft.
- **Werbung als Brandbeschleuniger**: Die Werbeindustrie befeuert den klimaschädlichen Überkonsum systematisch, indem sie eine ressourcenintensive Lebensweise als erstrebenswert darstellt.

Unsere Zielvorstellung:

- Die Schweizer Wirtschaft wird kreislauffähig. Reparieren, Teilen und Wiederverwenden sind der neue Standard.
- Der Ressourcenverbrauch und die konsumbasierten Emissionen sind auf ein klimaverträgliches Niveau gesenkt. Dies erreichen wir durch eine Politik, die Suffizienz nicht als Verzicht, sondern als Gewinn an Lebensqualität fördert.
- Wir überwinden den Zwang zu ständigem materiellem Wachstum und etablieren eine am Gemeinwohl orientierte Gesellschaft. Wohlstand bemisst sich dafür an Lebensqualität und sozialer Gerechtigkeit.

Unsere Lösung:

- **Importierte Emissionen einpreisen**: Wir führen einen wirksamen CO2-Grenzausgleich (CBAM) ein. Damit werden die grauen Emissionen von importierten Gütern an der Grenze bepreist, was auch zu fairen Wettbewerbsbedingungen für einheimische Unternehmen führt.
- **Das «Right to repair» und «Right to Use» verankern**: Eine Kreislaufwirtschaft wird aktiv gefördert. Die geplante Obsoleszenz von Produkten wird verboten. Hersteller müssen die Langlebigkeit, Reparierbarkeit und Recyclingfähigkeit ihrer Produkte sicherstellen. Neben dem Recht auf Reparatur führen wir ein «Right to Use» ein: Software-Updates und digitale Dienste müssen so gestaltet sein, dass ältere elektronische Geräte funktionsfähig bleiben, um eine nachhaltige Nutzung zu ermöglichen und deren Lebensdauer zu verlängern.
- **Griffiges Konzernverantwortungsgesetz**: Die Schweiz braucht ein Gesetz, womit Konzerne dafür geradestehen müssen, wenn sie die Umwelt zerstören oder Menschenrechte verletzen – entlang ihrer gesamten Wertschöpfungskette.
- **Suffizienz fördern**: Wir schaffen Rahmenbedingungen, die es einfacher machen, aus der Konsumspirale herauszufinden. Dazu gehört die Förderung von Sharing-Modellen oder auch eine sozial ausgestaltete Reduktion der Erwerbsarbeitszeit. Weniger Arbeitszeit bedeutet nämlich auch mehr Zeit für soziales Engagement und klimafreundliche Tätigkeiten.
- **Neue Jobs**: Für jede Stelle, die in fossilen Bereichen wegfällt, entstehen neue in Gebäudesanierung, erneuerbarer Energie und klimafreundlicher Mobilität. Wir begleiten diesen Umbau aktiv: mit gezielten Umschulungsprogrammen für betroffene Berufsgruppen und einem sozialen Auffangnetz für Arbeitnehmende in Übergangsphasen.
- **Wegwerf-Wahnsinn stoppen**: Für Textilien brauchen wir ein Anti-Fast-Fashion-Gesetz mit einer Lenkungsabgabe, die minderwertige Wegwerf-Kleidung verteuert, ein Verbot der Vernichtung von Neuware und eine Garantiepflicht für Textilien. Ebenfalls brauchen wir eine obligatorische vorgezogene Entsorgungsgebühr auf alle Produkte (bspw. elektronischen Geräte oder Kunststoffprodukte). Ziel ist eine konsequente Abfallvermeidung. Einnahmen daraus werden nicht nur für das Recycling, sondern gezielt auch für die Abfallvermeidung eingesetzt – insbesondere zur Förderung von Reparaturwerkstätten, Ersatzteillagern oder Wiederverwendungs-Plattformen.
- **Handelsbeziehungen auf Klimakurs bringen**: Neue Handelsabkommen und die damit verbundenen Zollerleichterungen darf es nur noch geben, wenn sie nachweislich klimapositiv sind. Verträge werden so ausgestaltet, dass sie gezielt Investitionen in den globalen ökologischen Umbau, den Klimaschutz und die Energiewende in den Partnerländern fördern, anstatt den Raubbau an Menschen und Umwelt zu erleichtern. Bestehende Abkommen werden nach diesen Kriterien überprüft und nachverhandelt.
- **Investitionsschutzabkommen neugestalten**: Bilaterale Investitionsschutzabkommen müssen so reformiert werden, dass sie nachweislich klimaneutrale und nachhaltige Investitionen schützen, die verbindliche Menschenrechtsklauseln enthalten.
- **Keine Werbung für Klimazerstörung, kein Greenwashing**: Werbung für besonders klimaschädliche Produkte und Dienstleistungen wie SUVs, Flugreisen oder Fast Fashion darf nicht mehr erlaubt sein, um die Entwicklung hin zu nachhaltigem Konsum zu stärken. Dazu werden vor allem auch digitale Plattformen in die Pflicht genommen (siehe auch Plattformregulierung). Gleichzeitig gehen wir mit entsprechenden Vorgaben gegen Greenwashing vor.

2.7 HEBEL 7: FINANZPLATZ

Der Schweizer Finanzplatz ist einer der grössten der Welt und trägt damit eine enorme globale Verantwortung für das Klima. Anstatt sein Kapital für die dringend nötige, weltweite Energiewende einzusetzen, heizt er die Klima- und Biodiversitätskrise mit seinen Investitionen massiv an. Nach wie vor investiert der Schweizer Finanzmarkt nicht nur in beträchtlichem Ausmass in die Erdöl- und Kohleförderung, sondern sogar in deren zusätzlichen Ausbau.

Das Problem:

- **Der grösste Hebel wird ignoriert**: Die durch den Schweizer Finanzplatz verursachten Emissionen sind um ein Vielfaches höher als die gesamten Inlandemissionen der Schweiz. Unsere Nationalbank, Banken, Versicherungen und Pensionskassen investieren weltweit in grossem Stil in fossile Energiekonzerne **sowie** andere klimaschädlichen Projekte und verletzen damit die Pariser Klimaziele.
- **Freiwilligkeit ist gescheitert**: Die aktuelle Politik setzt auf Freiwilligkeit, Empfehlungen und Selbstregulierung. Das Resultat ist wirkungsloses Greenwashing, während die effektiven Finanzflüsse weiterhin in die Umweltzerstörung fliessen.
- **Fehlende Transparenz und Aufsicht**: Es fehlt an klaren, vergleichbaren Informationen über die Klimawirkung von Finanzprodukten. Die FINMA hat beispielsweise kein Mandat, die Einhaltung der Klimaziele durchzusetzen.

Unsere Zielvorstellung:

- Bis spätestens 2040 treiben sämtliche Finanzflüsse des Schweizer Finanzplatzes die globale Dekarbonisierung aktiv voran, anstatt sie zu bremsen. Die Finanzflüsse sind so auszurichten, dass die globale Erwärmung möglichst nahe an 1.5 °C begrenzt wird.
- Der Finanzplatz wird seiner Pflicht gerecht, indem er Klimarisiken konsequent in all seinen Entscheidungen berücksichtigt und die Gelder seiner Kund*innen und Versicherten zukunftssicher anlegt.

Unsere Lösung:

- **Verbindlicher Klimakurs für alle Finanzmarktakteure**: Wir ersetzen die gescheiterte Freiwilligkeit durch klare gesetzliche Vorschriften. Alle Finanzmarktakteure (Banken, Versicherungen, Pensionskassen, Nationalbank) werden verpflichtet, ihre Geschäftsmodelle und Investitionen auf einen verbindlichen, offengelegten CO2-Absenkpfad auszurichten, der mit dem Pariser Klimaabkommen und den internationalen Biodiversitätszielen kompatibel ist (Scope 1–3).
- **Sofortiges Verbot für die schmutzigsten Geschäfte**: Die Finanzierung und Versicherung von Unternehmen und Projekten, die neue fossile Infrastrukturen erschliessen oder ausbauen, gehören sofort verboten. Dazu gehört insbesondere Teersand und Fracking.
- **Klimarisiken im Preis abbilden**: Die Eigenkapitalanforderungen von Banken und Versicherungen müssen direkt an die Klimarisiken ihrer Portfolios gekoppelt werden. Das Halten von klimaschädlichen Vermögenswerten wird dadurch teurer und unattraktiver und die Stabilität der Banken angesichts steigender Klimarisiken gestärkt.
- **Transformation finanzieren**: Wir schaffen eine staatliche grüne Investitionsbank, die gezielt das notwendige Kapital für die klimaneutrale Transformation der Schweizer Wirtschaft bereitstellt.
- **Divestment von Vorsorgegelder und öffentlichen Geldern**: Vorsorgegelder und Gelder der öffentlichen Hand (Nationalbank, Pensionskassen und andere Sozialversicherungen, Krankenversicherer sowie Gemeinden, Kantone und der Bund) müssen nachweislich nachhaltig angelegt werden. Das beinhaltet u.a. einen vollständigen Rückzug aus Anlagen und Investitionen in fossile Energien und eine Anlagestrategie, welche im Minimum mit dem Pariser Klimaabkommen vereinbar ist und welche keinen Biodiversitätsverlust erzeugt.
- **Greenwashing unterbinden**: Wir brauchen klare und verbindliche Definitionen für nachhaltige Finanzanlagen mit einer Deklarationspflicht für die effektive Klimawirkung aller Finanzprodukte.

2.8 HEBEL 8: LANDWIRTSCHAFT UND ERNÄHRUNG

Unser Landwirtschafts- und Ernährungssystem ist ein entscheidender Hebel für den Klima- und Biodiversitätsschutz, denn es verursacht grosse Mengen an direkten und importierten Emissionen. Es

braucht eine Transformation hin zu einer ressourcenschonenden und standortgerechten Landwirtschaft, damit wir unsere Lebensgrundlagen erhalten können und unsere Klimaziele erreichen.

Das Problem:

- **Hohe Inland-Emissionen**: Die Landwirtschaft ist für rund 14 % der direkten Inlandemissionen verantwortlich, hauptsächlich durch Methan aus der Tierhaltung, Lachgas aus überdüngten Böden und den Einsatz von energieintensiven, synthetischen Pestiziden.
- **Hoher Fleischkonsum**: Der hohe Konsum von tierischen Produkten ist der grösste Treiber der Emissionen. Die Schweiz produziert und konsumiert Fleisch und Milchprodukte auf einem klimaschädlichen Niveau, oft verbunden mit mangelndem Tierwohl in der industriellen Tierhaltung.
- **Importierte Futtermittel**: Die enormen Mengen an importiertem Futtermittel (insbesondere Soja) für die Tierhaltung verursachen im Ausland massive graue Emissionen und führen zur Zerstörung wertvoller Ökosystemen wie dem Regenwald.
- **Fehlgeleitete Subventionen**: Die heutige Agrarpolitik setzt mit ihren Direktzahlungen falsche Anreize. Sie subventioniert die klimaintensive Tierhaltung und den Anbau von Futtermitteln, anstatt die Produktion von pflanzlichen Lebensmitteln für den Menschen zu fördern.
- **Kulturelle Hürden**: Tief verwurzelte Ernährungsgewohnheiten, die auf einem hohen Konsum tierischer Produkte basieren, stellen eine grosse Hürde für eine notwendige Ernährungswende dar.

Unsere Zielvorstellung:

- Bis 2040 ist das Schweizer Ernährungssystem klimaneutral, resilient und fördert die Biodiversität. Es basiert auf einer agrarökologischen Produktion, die nicht primär durch industrielle Grossbetriebe dominiert wird und den Konsum von pflanzlichen Lebensmitteln in den Mittelpunkt stellt sowie ohne importierte Futtermittel auskommt.
- Die Schweizer Landwirtschaft ist ein Vorbild für bodenschonende, humusaufbauende Bewirtschaftung und trägt aktiv zur Speicherung von CO2 im Boden bei.

Unsere Lösung:

- **Recht auf gesunde Ernährung verankern:** Wir verankern das Recht auf eine gesunde und nachhaltige Ernährung in der Schweizer Gesetzgebung. Um diese für alle erschwinglich zu machen, senken wir die Mehrwertsteuer auf biologische und regionale Grundnahrungsmittel und fördern innovative Modelle, wie lokale Ernährungskassen, die allen Menschen ein monatliches Budget für nachhaltige Lebensmittel garantieren. Damit sorgen wir dafür, dass ein gesunder Konsum kein Privileg für Reiche ist, sondern für alle Menschen zur alltäglichen Realität wird.
- **Agrarpolitik neu ausrichten**: Die Direktzahlungen und Subventionen müssen noch gezielter ausgerichtet werden. Weg von pauschalen Beiträgen pro Tier oder Fläche, hin zu einer Förderung von Klima-, Biodiversitäts- und Tierwohlleistungen sowie dem Anbau von pflanzlichen Proteinen für die menschliche Ernährung. Klima- und biodiversitätsschädliche Subventionen werden konsequent eruiert und abgeschafft.
- **Protein-Wende einleiten**: Der Wandel zu pflanzenbasierten, lokalen Proteinen wird aktiv unterstützt. Wir fördern gezielt den Anbau und die Entwicklung von heimischen pflanzlichen Proteinen wie Hülsenfrüchten, Linsen oder Nüssen für die menschliche Ernährung.
- **Detailhandel in die Pflicht nehmen**: Der Detailhandel muss seine Verantwortung übernehmen. Mit dem Sortiment, der Preisgestaltung und der Werbung beeinflussen er den Konsum massiv. Es braucht verbindliche Zielvereinbarungen, um die Preise von tierischen und pflanzlichen Produkten der Kostenwahrheit anzupassen und den Anteil an verkauften pflanzlichen Proteinen zu erhöhen.
- **Standortgerechte Tierhaltung**: Tierbestände werden noch stärker an die Fläche gebunden, also auf ein standortgerechtes Mass, das Futtermittelimporte reduziert und die Nährstoffkreisläufe schliesst. Standortangepasste graslandbasierte Systeme werden gefördert, die industrielle Fleisch- und Milchproduktion wird zurückgefahren.

- **Bio-Landwirtschaft schrittweise zum Standard machen**: Wir fördern den Biolandbau, indem wir die Betriebe durch gezielte erhöhte Direktzahlungen finanziell absichern. Gleichzeitig verpflichten sich Bund und Kantone zu einer 100 %-Bio-Beschaffung in öffentlichen Einrichtungen, um den umstellenden Betrieben eine verlässliche Abnahmegarantie zu bieten. Der Biolandbau verzichtet konsequent auf synthetische Pestizide, baut gesunden Humus auf, speichert so aktiv CO2 im Boden und leistet damit einen wertvollen Beitrag zur Bekämpfung der Klima- und Biodiversitätskrise.
- **Food Waste massiv reduzieren**: Die offiziellen Ziele des Bundes zur Halbierung von Lebensmittelverlusten (Aktionsplan Food Waste) müssen übertroffen werden. Wir brauchen eine deutliche Reduktion der Lebensmittelverluste entlang der gesamten Wertschöpfungskette, mit dem Ziel einer Reduktion um mindestens 70 % bis 2030.
- **Kostenwahrheit und Transparenz schaffen**: Es braucht eine Deklarationspflicht für die Klimawirkung und den Futtermittelimport von Lebensmitteln. Eine Lenkungsabgabe auf übermässigen Stickstoff- und Phosphoreinsatz schafft zudem Anreize für eine umweltschonende Düngung.
- **Schutz der globalen Wälder**: Für importierte Lebens- und Futtermittel, zumeist aus riesigen Monokulturen mit massivem Pestizideinsatz, dürfen nicht weiter Urwälder abgeholzt werden. Denn damit zerstören wir die wichtigsten CO2-Speicher und artenreichsten Lebensräume unseres Planeten und heizen die Klimakrise aktiv weiter an. Dies wird über ein Konzernverantwortungsgesetz, die Übernahme der EU-Entwaldungsverordnung und die Ablehnung von Freihandelsabkommen wie denjenigen mit den Mercosur-Staaten oder Malaysia durchgesetzt (siehe Hebel 6: Wirtschaft und Konsum).

2.9 HEBEL 9: KLIMAANPASSUNG

Die Klimakrise ist auch in der Schweiz längst Realität und schreitet bei uns doppelt so schnell voran wie im globalen Durchschnitt. Neben dem zwingend notwendigen Klimaschutz ist die Anpassung an die unvermeidbaren Folgen deshalb eine ebenso zwingende Aufgabe, um unsere Bevölkerung, Infrastruktur und natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen. Dabei sind viele Anpassungsmassnahmen wie die Begrünung von Städten gleichzeitig auch eine grosse Chance, die Lebensqualität für alle zu verbessern.

Das Problem:

- **Besondere Betroffenheit der Schweiz**: Die Schweiz ist als Alpenland besonders von den Folgen der Klimaerhitzung betroffen: Hitzewellen in den Städten, zunehmende Trockenheit, Gletscherschmelze und häufigere Extremwetterereignisse bedrohen unsere Gesellschaft, unsere Lebensweise und unsere Landwirtschaft.
- **Gefahr für die öffentliche Gesundheit**: Hitzewellen sind eine direkte Gefahr für die Gesundheit, insbesondere für ältere Menschen, Kinder und Menschen mit Vorerkrankungen. Sie führen bereits heute zu einer Zunahme von Notfalleintritten und hunderten zusätzlichen Todesfällen pro Jahr.
- **Die Klimakrise verschärft die soziale Ungleichheit**: Während sich Wohlhabende durch Klimaanlagen oder Rückzugsorte schützen können, sind Menschen mit tiefen Einkommen, Mieter*innen oder Menschen, die im Freien arbeiten, den Folgen oft schutzlos ausgesetzt.
- **Der Verlust der Biodiversität schwächt unsere natürlichen Schutzzonen**: Zerstörte Ökosysteme wie trockengelegte Moore oder verbaute Flussläufe schützen uns weniger gut vor den Folgen der Klimakrise wie Hochwasser, Dürre oder Hitzewellen.
- **Unverbindliche Politik**: Die bisherigen Anpassungsstrategien von Bund und Kantonen sind grösstenteils unverbindlich und unterfinanziert. Das verzögert die dringend notwendige Umsetzung von Massnahmen.

Unsere Zielvorstellung:

- Die Schweiz ist bis 2040 eine klimaresiliente Gesellschaft, die Bevölkerung, Ökosysteme und Infrastrukturen wirksam vor den Folgen der Klimakrise schützt.

- Die Kosten der Anpassung werden gerecht verteilt und der Schutz der vulnerabelsten Menschen hat oberste Priorität.
- Unsere natürlichen Lebensgrundlagen wie Wasser, Böden und Wälder sind gesund und widerstandsfähig.

Unsere Lösung:

- **Klimaanpassung verankern**: Wir erklären die Anpassung an die Klimakrise zu einer verbindlichen Gemeinschaftsaufgabe von Bund, Kantonen und Gemeinden und schaffen dafür einen nationalen Klimaanpassungsfonds, der die notwendigen Massnahmen finanziell unterstützt.
- **Nationale Hitzeschutz-Strategie**: Es braucht verbindliche, nationale und kantonale Hitzeaktionspläne und eine Anerkennung der Hitze als offizielle Naturgefahr. Dies beinhaltet einen gesetzlichen Hitzeschutz am Arbeitsplatz oder eine Anpassung des Mietrechts, die Mieter*innen bei unzumutbarer Hitze in der Wohnung schützt.
- **Städte zu Schwammstädten umbauen**: Wir bekämpfen städtische Hitzeinseln mit einer Begrünungsstrategie. Diese umfasst verbindliche Ziele für die Entsiegelung von Flächen, die Begrünung von Dächern und Fassaden sowie die Schaffung von mehr Grün- und Wasserflächen.
- **Nationales Wassermanagement**: Der Bund muss eine nationale Strategie für ein zukünftiges Wassermanagement erarbeiten. Diese sichert eine faire und effiziente Wasserverteilung zwischen Natur, Haushalten, Landwirtschaft und Wirtschaft, fördert die sinnvolle Nutzung von Regenwasser und schützt unsere Trinkwasserressourcen.
- **Natürliche Schutzzonen wiederherstellen**: Wir renaturieren unsere wichtigsten Ökosysteme wie Moore, Wälder oder Auenlandschaften. Denn intakte Ökosysteme sind unsere besten Verbündeten im Kampf gegen Dürren, Hitzewellen und Hochwasser.
- **Gesundheitssystem klimaresilient machen**: Wir bereiten das Gesundheitswesen gezielt auf die Folgen der Klimakrise vor, beispielsweise durch die Sensibilisierung des Gesundheitspersonals, durch bauliche Massnahmen oder durch die Aufnahme von Klimarisiken in die nationalen Präventionsstrategien.

2.10 HEBEL 10: GLOBALE VERANTWORTUNG

Als reiches Land mit einem historisch hohen CO2-Ausstoss und massiven grauen Emissionen durch Konsum und Finanzplatz trägt die Schweiz eine besondere Verantwortung für die globale Klimakrise. Eine gerechte und wirksame Klimapolitik endet nicht an unseren Landesgrenzen. Internationale Klimafinanzierung ist ein Gebot der globalen Solidarität und Gerechtigkeit.

Das Problem:

- **Verweigerung der finanziellen Verantwortung**: Die Schweiz kommt ihren internationalen Verpflichtungen nicht nach. Sie bezahlt nur einen Bruchteil ihres fair berechneten Anteils an die internationale Klimafinanzierung und rechnet bestehende Entwicklungshilfegelder fälschlicherweise als Klimafinanzierung an, anstatt neue und zusätzliche Mittel bereitzustellen.
- **Verschärfung der Schuldenkrise**: Ein Grossteil der Schweizer Unterstützung erfolgt in Form von Krediten. Dies verschärft die Schuldenkrise der Länder des Globalen Südens, die sich verschulden müssen, um sich an eine Krise anzupassen, die sie nicht verursacht haben.
- **Klima-Kolonialismus durch Zertifikate**: Die Anrechnung von CO2-Zertifikaten aus dem Ausland ist eine Form von modernem Ablasshandel. Anstatt die eigenen Emissionen im Inland zu reduzieren, schiebt die Schweiz die Verantwortung ab, indem sie sich günstigere Emissionsminderungen aus dem Globalen Süden auf ihre Bilanz schreiben lässt. Dadurch werden den Partnerländern ihre eigenen, oft am einfachsten zu realisierenden Klimaschutzmassnahmen genommen, was ihren Weg zu Netto-Null massiv erschwert und verteuert.
- **Globale Steuerflucht und der Ressourcenfluch**: Der Schweizer Rohstoffhandels- und Finanzplatz befeuert globale Ungerechtigkeiten systematisch. Durch aggressive

Tiefsteuerpolitik, intransparente Finanzflüsse und die Mitfinanzierung von Umweltzerstörungen entziehen Schweizer Akteur*innen Ländern des Globalen Südens Ressourcen und Steuereinnahmen, die diese unter anderem dringend für ihre Anpassung an die Klimakrise bräuchten.

Unsere Zielvorstellung:

- Die Schweiz übernimmt ihre historische und finanzielle Verantwortung, leistet ihren fairen Anteil an die internationale Klimafinanzierung für Klimaschutz, Anpassung sowie für Schäden und Verluste und stärkt damit die globale Klimagerechtigkeit.
- Die Schweiz reduziert ihre Emissionen vollständig im Inland und beendet die Praxis der Anrechnung von ausländischen Zertifikaten.

Unsere Lösung:

- **Fairen Beitrag zur Klimafinanzierung**: Der faire Beitrag zur internationalen Klimafinanzierung von mindestens einer Milliarde Franken pro Jahr wird gesetzlich verankert. Diese Mittel müssen zwingend zusätzlich zur Entwicklungszusammenarbeit bereitgestellt werden, die ihrerseits auf 1 % des Bruttoinlandprodukts (BIP) erhöht werden muss.
- **Beiträge statt Kredite**: Klimafinanzierung muss primär in Form von nicht rückzahlbaren Beiträgen erfolgen, um die Schuldenlast der Länder des Globalen Südens nicht weiter zu erhöhen.
- **Schluss mit dem Ablasshandel**: Wir beenden die Anrechnung von ausländischen CO2-Kompensationszertifikaten an die nationalen Klimaziele. Die Schweiz muss ihre Emissionen vollständig im Inland reduzieren. Klimaschutzprojekte im Ausland werden weiterhin als Teil der internationalen Klimafinanzierung finanziert, dürfen aber nicht länger an die nationalen Reduktionsziele angerechnet werden.
- **Keine Finanzierung von Umweltzerstörung im Ausland**: Wir stoppen die Unterstützung von klimaschädlichen Projekten im Ausland. Es ist inakzeptabel, dass beispielsweise die Schweizerische Exportrisikoversicherung (SERV) fossile Grossprojekte mitfinanziert. Wir richten unsere gesamte Aussenwirtschaftspolitik konsequent auf die Klimaziele aus. (Frei-)Handelsabkommen, welche die Klimaerhitzung befeuern und zur weiteren Abholzung von Regenwäldern beitragen, lehnen wir ab.
- **Globale Steuergerechtigkeit schaffen und Rohstoffkonzerne regulieren**: Wir beenden die aggressive Tiefsteuerpolitik der Schweiz, die es multinationalen Konzernen ermöglicht, Gewinne aus dem Globalen Süden am Ursprungsort vorbeizuschleusen. Wir verpflichten den Rohstoffhandels- und Finanzplatz zu absoluter Transparenz, um den zerstörerischen Ressourcenfluch zu stoppen und sicherzustellen, dass die Wertschöpfung und Steuereinnahmen in den Herkunftsländern verbleiben.